

PRESSEMITTEILUNG

Wien, 27. April 2020

COVID-19: Im Fahrzeughandel droht ein Flächenbrand

Der Verband österreichischer Kraftfahrzeug Betriebe, kurz VÖK, sieht die österreichischen Kraftfahrzeug Betriebe durch den "COVID-19-Shutdown" in größter Gefahr. "Speziell bei den Fahrzeughändlern in Österreich stehen wir kurz vor einem Flächenbrand!", warnt der Obmann des VÖK, Stefan Hutschinski, sehr eindringlich. "Der Fahrzeughandel ist in einigen Punkten sehr differenziert zu anderen Branchen zu betrachten und dadurch in solch einer Krisenzeit besonders gefährdet."

Die Produkte der Branche sind hochpreisig, jeder Händler bewegt hier mehrere Millionen Euro mit geringsten Spannen. Dementsprechend ist es oft auch sehr schwierig für die Händler, bei deren Hausbanken auf entsprechendes Verständnis zu stoßen, da diese bei solch Summen hohe Risiken sehen. Auch wenn der Fahrzeughandel im letzten Jahrhundert ein goldenes Zeitalter erlebt hat, so sind diese Zeiten längst Geschichte - es ist ein schwieriges und komplexes Geschäftsmodell.

Die Hersteller/Importeure haben in den letzten Jahrzehnten das Geschäftsmodell laufend zu Lasten der Fahrzeughändler umgestaltet, sodass diesen nun kaum Luft zum Atmen bleibt.

Speziell auch durch die seitens der Hersteller ständig geforderten hohen Investitionen in Schauräume, Betriebsausstattung, Werkzeuge, EDV, Schulung sowie CI ist die Finanzsituation bei den meisten Betrieben ständig angespannt und auch der Ertrag in Relation zum Umsatz vernachlässigbar.

Für die von der Regierung ins Leben gerufenen Hilfsprogramme wie z.B. den Corona-Hilfs-Fonds (Garantien für Betriebsmittelkredite, Fixkostenzuschüsse) ist Bedingung, dass die URG Kennziffern (Eigenkapitalquote und Schuldentilgungsdauer) in der Bilanz passen.

Der hohe Investitionsbedarf, ein hoher Fremdkapitalanteil sowie sehr hohe Summen bei den Vorräten von Fahrzeughändlern (Neu- und Gebrauchtwagen) sorgen zusätzlich dafür, dass für viele Händler die - jetzt so notwendigen - Bilanzkennzahlen unerreichbar sind. Ohne diese notwendigen Finanzmittel durch den Corona-Hilfs-Fonds droht diesen Betrieben nun unverschuldet der Konkurs.

Für Händler bei denen diese Bilanzkennzahlen in Ordnung sind, ergibt sich ein weiteres Problem. Der nicht rückzahlbare Fixkostenzuschuss des Corona-Hilfs-Fonds, für diverse Kosten wie Geschäftsraummieten, Versicherungsprämien, Lizenzkosten, Zahlungen für Strom / Gas / Telekommunikation, Zinsaufwendungen und andere betriebsnotwendige, vertragliche Zahlungsverpflichtungen, richtet sich in der Höhe gestaffelt nach dem Umsatzrückgang im Zeitraum von 15. März bis Ende der COVID-19 Maßnahmen.

Der VÖK ist der Dachverband aller in Österreich vereinsmäßig konstituierten Kfz-Markenvereine. Derzeit sind 15 Markenvereine mit über 24 Automarken und einem Marktanteil von 90% im VÖK vertreten. Er ist aber auch offen für Direktmitgliedschaften von physischen oder juristischen Personen, die Inhaber eines Kfz-Betriebes in Österreich sind.

Zielsetzung ist die Unterstützung seiner Mitglieder auf rechtlichem, sozialem und betriebswirtschaftlichem Gebiet, wobei insbesondere ein ständiger Gedankenaustausch der Mitglieder auf fachlichem Gebiet vorgesehen ist. Der VÖK arbeitet eng mit Markenvereinen, Bundesgremium, Bundesinnung, Importeuren, Kfz-Versicherungen, Politik und der Fachpresse zusammen, um für die Kfz-Betriebe optimale Rahmenbedingungen zu schaffen.

ALFA ROMEO • AUDI • BMW • CITROËN • DACIA • FIAT • FORD • JAGUAR • JEEP • KIA • LANCIA • LAND ROVER • MAZDA • MERCEDES-BENZ • MINI • MITSUBISHI • NISSAN • OPEL • PEUGEOT • RENAULT • SEAT • ŠKODA • VOLVO • VOLKSWAGEN

Viele Fahrzeughändler wird der große Umsatzrückgang durch den "COVID-19-Shutdown" allerdings erst Monate später treffen, da Neuwagen in der Regel eine Lieferzeit von 2-3 Monaten haben - je nach Hersteller. Dieser Umsatzrückgang fällt somit bei der bestehenden Regelung des Corona-Hilfs-Fonds aus dem Durchrechnungszeitraum. Im Härte-Fonds, der großteils für Ein-Personen-Unternehmer gedacht ist, wurde diese Regelung bereits letzte Woche zufriedenstellend gelöst.

Ein weiteres Problem wird zirka in einem Jahr, mit der Bilanz 2020, auf viele Unternehmen in Österreich zukommen. Durch das "Corona Jahr" kann es bei vielen Betrieben unverschuldet zu einem URG-Verfahren (Reorganisationsverfahren) kommen. Auch hier bedarf es einer Anpassung der geltenden Gesetze.

Bereits zahlreiche Händler haben die Markenvereine sowie den VÖK zu diesen zwei kritischen Themen kontaktiert und sehen hier ihre Existenz bedroht. Viele berichten auch, dass die Banken uninformiert und nicht kooperativ sind.

Der VÖK führt derzeit eine anonymisierte Online Umfrage durch, um die Reichweite der gesamten Problematik abzuklären. Viele Händler trauen sich verständlicherweise nicht offen über deren derzeitige Finanzprobleme zu sprechen.

Ganz klar sind aber bereits jetzt folgende Forderungen seitens des VÖK/Fahrzeughandels zu stellen:

- **Kriterien für die Vergabe des Corona-Hilfs-Fonds (URG Kennzahlen) für den Fahrzeughandel umgestalten bzw. aussetzen**
- **Abwicklung bei den Banken vereinfachen und beschleunigen - keine zusätzlichen Sicherheiten bei den - zumeist ausfinanzierten - Betrieben einfordern**
- **Eine Wahlmöglichkeit für den Durchrechnungszeitraum für den Corona-Hilfs-Fonds / Fixkostenzuschuss - z.B. ähnlich der Regelung des Härtefall Fonds**
- **Aufgrund vieler drohender URG Verfahren nach der Bilanz 2020 durch das "Corona Jahr" - frühzeitige Anpassung der Gesetzeslage bzw. Aussetzen dieser Verfahren**
- **Wirtschaftsimpuls durch Ökoprämie**
Wie auch 2009 nach der Wirtschaftskrise wäre es jetzt enorm wichtig, durch eine Ökoprämie einen Wirtschaftsimpuls zu setzen. Hier kann eine "Win-win-Situation" für alle geschaffen werden: umweltpolitisch durch eine Verbesserung der Ökobilanz der Fahrzeugflotte in Österreich, Konsumenten erhalten dadurch günstigere Neufahrzeuge, der Staat lukriert zusätzliche Steuereinnahmen und die Wirtschaft und Konjunktur erfahren einen wichtigen Impuls - immerhin waren vor der Krise an die 500.000 Arbeitsplätze in Österreich direkt oder indirekt von der Autobranche abhängig.

Gemeinsam mit allen Interessenvertretern muss den verantwortlichen Politikern diese prekäre Situation aufgezeigt werden. Ansonsten drohen Insolvenzen, zahlreiche zusätzliche Arbeitslose und eine große Ausdünnung der Händlernetze. Gewinner wären hier nur wieder die finanzkräftigen Importeure mit ihren eigenen Retail Betrieben - Verlierer der Kunde durch den dann fehlenden Wettbewerb!